

Oliver Schmolke

Zur Freiheit

Wo links und liberal verfeindet sind, fehlt die Hoffnung auf eine bessere Welt

Die schöne Extra-Ausgabe des Vorwärts zum 100. Geburtstag von Willy Brandt zielt auf dem Titel das irritierende Zitat: »Die Freiheit ist das Wichtigste«. – Das auf die Rückwand eines sozialdemokratischen Parteitages zu schreiben, wäre eine verwegene Idee. Nein, so etwas gehört in die Abteilung Traditionspflege, ist eine Sache für die Historische Kommission, nicht für die Leitanträge bestimmt, die Zukunftsprojekte entwerfen. Warum ist das so? Offenbar ist der Begriff der Freiheit der Linken so fremd geworden, dass er vor allem Argwohn weckt. Man meidet ihn. In der Debatte über die künftigen Wege der Sozialdemokratie hat er noch keinen Platz, es sei denn den des Verdachts. Als sei er der Fehler, nicht die Lösung. Als verberge er die soziale und politische Ungleichheit. Als sei er bestenfalls zu lasch, um das Ziel der Gerechtigkeit scharf zu stellen. Das sah Willy Brandt anders. In seiner Rede zum Abschied als Vorsitzender der SPD im Juni 1987 erklärte er: »Wenn ich sagen soll, was mir neben dem Frieden wichtiger sei als alles andere, dann lautet meine Antwort ohne Wenn und Aber: Freiheit: Die Freiheit für viele, nicht für die wenigen. Freiheit des Gewissens und der Meinung. Auch Freiheit von Not und Furcht.« Es braucht nur diese wenigen Sätze, um das elitäre Missverständnis zu beseitigen und den universellen Kern des Freiheitsversprechens sichtbar zu machen: Kein Vorrecht für Privilegierte, sondern gleiches Recht eines jeden – so wird aus der verblassten liberalen Idee eine revolutionäre Formel, die auch heute noch autokratische Systeme in aller Welt in Verlegenheit bringt und korrupte Klientelregime aus den Angeln hebt. Das überzeugende Plädoyer für die belebende Kraft der

Utopie, das Marc Saxer an dieser Stelle formuliert hat, könnte nahtlos anschließen. Zuvor aber sind noch einige Ergänzungen zu machen, was die hausgemachten Fehler der linken Parteienfamilie betrifft.

Die politische Linke denkt und fühlt in der Tradition der großen historischen Kämpfe. Ihre Rhetorik ist die Empörung und ihr Habitus der Protest. Die Sozialdemokratie trägt den Protest in sich wie ein Erbmerkmal und es zeichnet sie aus, der Wut über Ungerechtigkeit eine politische Stimme zu geben. Denn die Demokratie überlebt nicht ohne scharfe Kritik an Missständen. Die Projekte der Linken suchen Anschluss an die Erzählungen der Revolte gegen unmenschliche Verhältnisse. Der von Albert Camus porträtierte Mensch, der nein sagt, ist der klassische Typus. Doch dieser Typ tritt nun zuverlässig in jeder Versammlung auf, ganz gleich worum es geht. Doch wenn die Verhältnisse besser geworden sind, der Habitus sich aber selbstständig hat, läuft seine Rhetorik ins Leere. Das kann dann durchaus auf die Nerven gehen.

Auf die Frage, warum in der konkreten Lage Deutschlands im Jahr 2013 das sozialdemokratische Deutungsangebot vor der Bundestagswahl nicht genügend Resonanz gefunden hat, wird innerhalb der politischen Linken die Antwort gegeben, es sei protest- und empörungspolitisch noch immer zu schwach profiliert. Darin könnte ein folgenschwerer Irrtum liegen. Der Gedanke sollte erlaubt sein, dass die Konzentration auf Negativbeschreibungen unserer Gesellschaft ein Programm ist, mit dem die SPD derzeit eben nur ein Viertel der Wählerstimmen gewinnen kann. Und der Rat, jetzt die Rhetorik der Anklage wei-

ter zu verschärfen, erinnert an die Handwerkerweisheit, dass es beim Anziehen einer Schraube zuerst immer fester werde und dann ganz lose. Wer überdreht, der packt und mobilisiert die Bürger nicht mehr. Offenbar denken mehr als 40 % derer, die sich zur Wahl aufrufen, Deutschland habe etwas zu bieten und könne sich auch im internationalen Vergleich sehen lassen.

Die Waffe der Kritik wird stumpf, wenn man damit auf ein fest gefügtes, von Erfahrung gesättigtes Weltbild der Zufriedenheit einhaut. Nun gibt es kommunikative Bemühungen, den sozialdemokratischen Diskurs zu verbessern, um die Klängen wieder zu schärfen. Durch stimmiges »Framing« sollen die positiven Werte der Gerechtigkeit und der Solidarität alle politischen Debatten ausrichten. Das ist klug. Wer den Sozialstaat begründen will, sollte Menschen, die auf seine Hilfe angewiesen sind, nicht als faule Betrüger stigmatisieren. Wer Solidarität hoch hält, sollte beim Begriff der »Eigenverantwortung« immer auf der Hut sein, ob er nicht den Egoismus der kalten Selbstoptimierer verbrämt. Dennoch lauert hier die Gefahr, die Berührung mit dem gesunden Menschenverstand der Mehrheit zu verlieren. Ein Beispiel aus eigener Erfahrung: In einem Strategiegespräch, wie die programmatische Forderung nach höheren Steuern zu kommunizieren sei, kam der durch »Framing« informierte Vorschlag, den Begriff »Steuererhöhung« ganz zu vermeiden und auch nicht von höheren Lasten zu reden. Stattdessen sollte der Gemeinschaftswert höherer Steuern betont werden. Wahlweise auch die »auskömmlichen Einnahmen des Staates«. Zunächst einmal ist der Begriff des Staates kein Mittel zur Mobilisierung der Massen, denn der Normalmensch interessiert sich mehr für seine auskömmlichen Einnahmen. Dennoch kann man sicher höhere Steuern und Abgaben fordern und begründen. Wenn sie aber nicht mehr Erhöhungen heißen dürfen

und wenn die Alltagserfahrung beim Betrachten des Lohnzettels, dass das Belastungen sind, sprachpolitisch ignoriert werden soll, bewegt man sich in Richtung der Weltanschauungssekten. George Orwell hatte sich den manipulativen Sprachgebrauch (»Neusprech«) zu Herrschaftszwecken ja auch nicht ausgedacht, sondern dem reichen Anschauungsmaterial totalitärer Systeme entnommen.

Ein besonderes Mittel, Emotionen zu wecken, ist es, den weltanschaulichen Feind zu markieren. Die politische Linke hat sich im 19. Jahrhundert angewöhnt, nicht nur Diktatoren, Kriegsherren, ausbeuterische Kapitaleigner als Gegner zu erkennen, sondern auch das Bürgertum schlechthin zum Feind zu erklären. Ersteres war Erfahrung, letzteres wurde Ideologie. Und zwar eine besonders absurde Ideologie. Denn im Kampf gegen die

Vorsicht mit den Feinderklärungen

die Sozialdemokratie der Status des Bürgers und der Bürgerin ein Hebel für Emanzipation und Gleichberechtigung. In seiner Freiheitsrede von 1987 erinnerte Willy Brandt daran: »Nie war unsere Partei an der Seite derer, die Krieg anfangen und Knechtschaft über unser Volk brachten. Wir haben vielmehr dafür gearbeitet, dass aus Millionen geschundener Proletarier und unmündiger Frauen selbstbewusste Staatsbürger werden konnten.« Die Erfolge sozialdemokratischer Politik zeigen sich am Fortschritt im Bewusstsein gleicher Bürgerrechte, von Carlo Schmidts Entwürfen für das Grundgesetz bis zur Maxime »mehr Demokratie wagen«, die die zweite Gründung der Bundesrepublik nach 1968 begleitete. Dennoch hat sich fast folkloristisch auch in der SPD die feindselige Rede vom »bürgerlichen Lager« festgesetzt. Der tief konservative, antisozialdemokratische Ursprung dieser Vorstellung wird gar nicht mehr verstanden. Die Rede vom »bürgerlichen Lager« ist eigentlich eine innerstaatliche Feinderklärung, die das arrivierte

und etablierte Bürgertum gegen »unpatriotische« Außenseiter stellt. Sie dient dem Zweck, Privilegien zu verteidigen und Zugänge zu verweigern. Dagegen muss eine aufklärerische Linke die Gleichheit im Bürgerrecht ins Feld führen. Die Linke will mehr Gleichheit der Bürgerinnen und Bürger, Frauen und Männer, homosexuell oder nicht, eingewandert oder hier geboren.

Gegen das Bürgerliche zu polemisieren, heißt, den Außenseiterstolz zu kultivieren und die Herrschaftshierarchien unangetastet zu lassen. Mehr noch, es heißt, den eigenen Anspruch auf gesellschaftliche Mehrheitsfähigkeit preiszugeben. Denn Bürger zu sein, ist für die meisten kein Schreckbild, sondern eine Hoffnung, kein Makel, sondern eine politische Tugend.

Zu den Paradoxien des linken Diskurses gehört weiter, dass er die Chance zum sozialen Aufstieg fordert, aber die Aufgestiegenen von sich abstößt. Das hat etwas mit dem ambivalenten Leistungsbegriff zu tun. Wo die Anerkennung von individuellen Leistungen verweigert wird – in der Schule durch systematische Schlechterbewertung von Einwandererkindern, in der Arbeitswelt durch Armutslöhne –, da wird die Verletzung der Gerechtigkeit unmittelbar empfunden und in Protest übersetzt. Wo aber die Leistung zum Erfolg führt, ist der spontane Reflex der Verdacht des »Klassenverrats«. Wer erfolgreich ist und seine Einflussmöglichkeiten nutzt, um sozialdemokratische Ziele durchzusetzen, wird mit dem zähem Misstrauen beäugt, ob er etwa glaube, etwas Besseres zu sein. Populäre Politiker haben es bei den Konservativen leicht, weil sie das Menschenbild bestätigen, dass Hierarchien in Ordnung sind. Bei allen Parteien der linken Parteienfamilie haben sie es nach der Anfangseuphorie, da sei ein Hoffnungsträger, unendlich schwer. Sie können die paradoxe Erwartung kaum erfüllen, Macht zu erobern, ohne dass es auffällt. Dazu noch einmal Willy Brandt 1987: »Wir sollten den Erfolgreichen unter uns den Erfolg

nicht übel nehmen. Ein Sieg ist nicht notwendig anrücklich für einen Sozialdemokraten!«

Die latente Abneigung gegen populäre Persönlichkeiten aus den eigenen Reihen schwächt die Kampagnenkraft. Denn Menschen sind es, die Politik machen und Vertrauen wecken. Es braucht die Charaktertypen, die sich selbst haftbar machen für eine Idee. Und diese Politiker sind es noch am ehesten, die den Kontakt zur Basis behalten, von der sie immerhin gewählt werden müssen. Ideologien und Apparate ohne Berührung zu den täglichen Lebenserfahrungen der großen Mehrheit normaler Bürger hingegen schrecken ab.

Auch in dem abwägenden Porträt utopiefähiger politischer Typen, das Marc Saxon zeichnet, läuft ein leises Ressentiment gegen die sogenannten »Technokraten« mit. Sicherlich gibt es sie. Doch sind sie als Funktionseliten eher bei Bundesbank, EZB, IWF, übrigens zuweilen auch beim Bundesverfassungsgericht oder in den akademisierten Politikberatungsindustrien der Hochschulen, Stiftungen und Verbände angesiedelt. Manch ein Intellektueller ist mit seinen abstrakten Sozialentwürfen schon mehr Technokrat als er denkt. Niemand aber, der sich entschieden hat, in einem Wahlkreis um Stimmen zu werben oder eine große Wahlkampagne auf sich zu nehmen, sollte leichtfertig als Technokrat abgewertet werden. Diese Herabsetzungen richtet sich zugleich gegen die Menschen, die einen Mandatsträger gewählt haben.

Es gibt philosophische Grundlagen der Politik ebenso wie eine ästhetische Qualität ihrer Formen. Doch der Testfall, ob eine Idee etwas taugt, ist nicht, dass sie sich schön anhört, sondern dass sie zum Nutzen vieler Menschen verwirklicht werden kann. Aus dieser Einsicht heraus sollte die politische Linke den Schritt vom Versprechen zur Realisierung, also vom Programm zur Regierung nicht gering schätzen.

Nach Abschluss der langen Koalitionsverhandlungen zwischen CDU, SPD und

CSU im Herbst 2013 haben die Parteivor-sitzenden einen Koalitionsvertrag vorgelegt, der im Wortsinne einen roten Faden hat: vom gesetzlichen Mindestlohn über die Solidarrente, die Frauenquote, die Entgeltgleichheit, die Abschaffung der Kopfpauschale bei der Gesundheit und des Optionszwangs bei Einwandererkindern, die höheren Bildungsinvestitionen, die Finanzmarktkontrolle und Finanztransaktionsbesteuerung bis zu den enormen zwei Milliarden Euro für Entwicklungshilfe und die härtere parlamentarische Kontrolle der Rüstungsexporte. Die SPD hat trotz Wahlniederlage in zähen Verhandlungen mehr erreicht als viele glauben wollten. Am Tag nach der letzten Verhandlungsnacht begrüßte der DGB-Vorsitzende das Ergebnis und sagte einen schlichten wahren Satz: »Jetzt komme es darauf an, dass aus guten Programmsätzen gute Gesetze werden.«

Mit anderen Worten: Es kommt nicht darauf an, auch noch den Rest sozialdemokratischer Forderungen zu proklamieren. Es geht darum, die jetzt möglichen Verwirklichungschancen beim Schopf zu packen. Der Weg der SPD in die Regierung einer Großen Koalition ist nichts anderes als die Beherrschung des Grundsatzes vom Testfall der Praxis. Manch einer macht sich jetzt Sorgen, es fehle künftig die Angriffs-, die Lager-, die Mobilisierungsstrategie. Wir brauchen zunächst aber vor allem eine Umsetzungsstrategie. Künftige Mobilisierungskraft für bessere Wahlergebnisse entsteht jetzt nicht aus der Fiktion eines eskalierten Klassenkampfes ohne Klassen. Sie entsteht daraus, das Mögliche zu tun und durch Erfolge in der Praxis Vertrauen aufzubauen.

Wenn der Mindestlohn endlich kommt, und er wird kommen, dann wird eine Ministerin der SPD den Gesetzentwurf in den Deutschen Bundestag einbringen. Die Kunst zu regieren besteht für die politische Linke seit langem darin, einen progressiven Kompromiss zu schließen, also auch widerstrebende Gruppen und Mächte zum

nächsten Schritt nach vorn zu bewegen, immer ausgerichtet auf den sozialdemokratischen Gravitationskern einer freien, gleichen und gerechten Gesellschaft.

Kompass und Orientierung, die Sehnsucht, ein Ziel anzusteuern, das noch im Nebel liegen mag, das aber die Begeisterungsfähigkeit für neue politische Anstrengungen weckt – das brauchen wir, und daran hat Marc Saxer zu Recht erinnert. Wer Menschen begeistern will, muss sie in die Aktion einbeziehen, mehr noch, er muss dem Bürger die Hoheit des Handelns lassen. Auch deshalb sind Freiheit und Demokratie unendlich viel wichtiger als der Staat an sich. Soviel ist richtig, dass die demokratische Durchsetzung gleicher Lebenschancen überall auf Widerstände trifft und dass Mehrheiten auch Machtmittel brauchen, um die Gesellschaft zu verändern.

Aber nicht jedes Machtmittel kann einem Demokraten recht sein. Es gibt Staaten, in denen will einfach kein Mensch mehr leben, dem der Respekt individueller Selbstentfaltung etwas wert ist. Und dann ist auch bald die in freien Wahlen zu gewinnende und zu verteidigende Mehrheit futsch. Werden freie Wahlen verweigert, laufen die Menschen davon. Utopie auf dem Verwaltungsweg und Verordnungsweg endet in einer Sackgasse. Das ist der Linken nicht neu und sollte nicht vergessen werden. Willy Brandt sprach auch das in seiner Abschiedsrede an: »Wir sind nicht auf reglementiertes ›Glück‹ aus, sondern wir wollen die Freisetzung der schöpferischen Fähigkeiten, die im Menschen angelegt sind. Die Bewegungsfreiheit des Einzelnen – in sozialer Verantwortung.«

Das bedeutet im Grundsatz: Die Unterscheidungsfähigkeit zwischen Emanzipation und Bevormundung des Menschen muss die Linke wiedergewinnen. Die Unterscheidungsfähigkeit zwischen Demokratie und Diktatur darf sie auch in den internationalen Beziehungen niemals verlieren.

*Utopie auf dem
Verwaltungs- und
Verordnungsweg
endet in einer
Sackgasse*

Was heißt Freiheit positiv und progressiv gewendet? Zum ersten: universeller Anspruch der Gleichbehandlung. Geld, Geschlecht, Herkunft, sexuelle Identität, Bekenntnis und Glaubensrichtung, Nation und kulturelle Eigenheiten dürfen keine Rolle spielen, wo es um die individuellen Freiheitschancen und Beteiligungsrechte des Menschen geht. Privilegien und Klientensysteme gehören abgeschafft, Misshandlung und Ausbeutung Abhängiger, ob in der Familie oder in der Arbeitswelt, religiös oder national begründete Freiheits-

beraubung, ökologische Ungleichheit des Ressourcenverbrauchs in entwickelten und unterentwickelten Ländern ist zu überwinden. Das heißt zum zweiten: Es geht ebenso um Rede- und Handlungsfreiheit wie um den existenziellen Schutz vor Gewalt und materieller Not.

Jeder einzelne dieser Punkte verweist auf schneidende Ungerechtigkeiten zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Das Programm eines linken Liberalismus beschreibt also eine andere Welt. Freiheit ist eine linke Utopie.



Oliver Schmolke

ist Leiter der Planungsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion. Bei *vorwärts* buch ist 2013 von ihm der Essay *Zur Freiheit. Ein linksliberales Manifest* erschienen.

Oliver.Schmolke@spdfraktion.de

Christian Kellermann / Benjamin Mikfeld

Stabilitätspatriotismus vs. soziale Gerechtigkeit

Diskurse und Kommunikationsstrategien von Regierung und Opposition im Wahlkampf

Klassische Wahlanalysen unterscheiden nach Kandidat, Themen und Parteibindung als den zentralen Faktoren der Wahlentscheidung. Andere Analysen betrachten die Methoden und Taktiken der Wahlkampfführung – wie den Auftritt in TV-Duellen oder die Nutzung von neuen Kommunikationstechniken. Uns interessiert in diesem Beitrag vor allem die in Wahlanalysen oft unterschätzte Frage, welche politischen Diskurse für die Wahl bestimmend waren. Wie sah das »Meinungsklima« aus und welche Faktoren waren dafür entscheidend? Was war überhaupt machbar, was war sagbar im Wahlkampf? Welche *Frames* wurden bedient und welche Gefühle, Wünsche und Ängste haben sie angesprochen? Warum haben die Bürger eher der amtierenden Bundeskanzlerin als der Opposition vertraut? Dabei gehen wir auf

die üblichen Gegenstände der Wahlanalyse wie zum Beispiel die Kompetenz- und Imagewerte der Parteien und ihrer Spitzenkandidaten nicht im Detail ein. Wir konzentrieren uns auf die wirtschaftliche Lage und deren Wahrnehmung, da diese letztlich wahlentscheidend war, wie die Umfragen und deskriptiven Analysen zeigen.

Eine Besonderheit der deutschen Wahl war das Spannungsverhältnis zwischen relativer ökonomischer Stabilität im eigenen Land und Instabilität in Teilen Europas. Die wirtschaftliche Ausgangslage bestimmte implizit, was im Wahlkampf als »richtige« bzw. »falsche« (oder »gute« bzw. »schlechte«) Politik wahrgenommen wurde. Dabei spielte die Vorgeschichte der globalen Finanzkrise eine wichtige Rolle.

Diese Krise durchlief bekanntermaßen einige Phasen: Am Anfang stand die Sub-